

Frankreich : Zwischen pressepolitischen Idealen und wirtschaftlichen Realitäten

Autor(en): **Fauvet, Jacques**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **50 (1970-1971)**

Heft 4: **Presse in der Krise? : ein internationaler Querschnitt**

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162482>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

modell in der Presse kommt bei dem Streben nach rationellem Wirtschaften mit der Neigung zu Grossunternehmen in Konflikt.

In Journalistenkreisen wird oft als eine Lösungsmöglichkeit der schwierigen Fragen mit dem «Le-Monde»-Modell geliebäugelt. Die angesehene französische Zeitung ist im Besitz der Redakteure und Angestellten. Aber vielleicht ist die Lösung nur so attraktiv, weil «Le Monde» eine so gute Zeitung ist. Bei den Erörterungen in der Bundesrepublik spielt auch die Stiftungsform im Zeitungswesen eine grosse Rolle; die «Frankfurter Allgemeine» ist so strukturiert. Allerdings – seit, trotz des Stiftungscharakters, in Frankfurt der Mitherausgeber Jürgen Tern durch listigen Umgang mit der Satzung herausgedrängt wurde, sind viele skeptisch geworden. Dennoch, eine Einrichtung ist nicht deshalb schlecht, weil ein Statut unzulänglich formuliert war und einer entschlossenen Gruppe Raum zu einem Handstreich gab. Alfred Gerschel, Justitiar des Deutschen Journalistenverbandes, schreibt zum Thema Stiftung: «Die Satzung einer Stiftung kann bei einem Pressebetrieb die ideelle Zielsetzung des Presseorgans sowie die Art und Weise, wie es zu führen ist, unter Einschluss eines Redaktionsstatuts und mit einer gewissen Flexibilität für veränderte Marktverhältnisse, unwandelbar und durch die Stiftungsaufsicht nachprüfbar festlegen.» Die Stiftungsform besitzt also nach wie vor Attraktivität für die notwendigen Überlegungen, die Presse zu demokratisieren und die Vielfalt der Meinungen zu erhalten.

Frankreich: Zwischen pressepolitischen Idealen und wirtschaftlichen Realitäten

JACQUES FAUVET

Neuanfang 1944/45

In der Geschichte der französischen Presse ereignete sich nach dem letzten Krieg eine entscheidende Umwälzung: Alle Zeitungen, die während der deutschen Besetzung erschienen waren, wurden verboten, ihre Namen ein für allemal untersagt, die leitenden Verantwortlichen gerichtlich verfolgt, ihr Kapital konfisziert und den von der Résistance gegründeten Zeitungen zugesprochen.

Von den zweiunddreissig Pariser Zeitungen, die 1939 erschienen waren, bestehen heute nur noch «Le Figaro», «La Croix» und das kommunistische Parteiorgan «L'Humanité». Aber die Leute der Résistance wollten die Presse nicht nur von der Besetzungsmacht und ihren Verbündeten, sondern gleichzeitig von ihrer finanziellen Abhängigkeit befreien. Es wurde eine Reihe juristischer und finanzieller Massnahmen ergriffen, um den neuen Zeitungen Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den grossen wirtschaftlichen Interessengruppen zu sichern. Was Lacordaire sagte, bewahrheitete sich: In den Beziehungen zwischen arm und reich ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.

Heute noch empfängt die französische Presse vom Staat eine erhebliche direkte oder indirekte Unterstützung. Sie bezahlt praktisch keine Steuern und entrichtet ermässigte Postgebühren; für Papier und Druckmaterial erhält sie Subventionen.

Ein Vierteljahrhundert hernach

Aber trotz dem festen Willen ihrer Gründer, trotz der Staatshilfe hat die französische Presse seit dem Krieg eine dreifache Entwicklung durchgemacht.

Die Pariser Presse hat zugunsten der Presse in der Provinz an Bedeutung verloren. Im Unterschied zu den Zwischenkriegsjahren hat die Presse der Provinz heute gesamthaft eine höhere Auflage als die Pariser Presse. Parallel zu dieser Entwicklung oder mit ihr verbunden hat die Partei- und Meinungspresse zugunsten der Informationspresse an Bedeutung verloren. Nur die kommunistische Partei besitzt heute eine Tageszeitung. Schliesslich ist die Presse der unaufhaltsamen Konzentration zum Opfer gefallen: Die Zahl der Zeitungen hat sich verringert, diejenige der Pressekonzerne sich aber vergrössert. Der wichtigste dieser Konzerne ist «Hachette», der zwei Tageszeitungen, zahlreiche Wochen- und Monatszeitschriften sowie mehrere Verlage kontrolliert. Ist nicht der Augenblick gekommen, sich an das hundert Jahre alte Wort des Revolutionärs Louis Blanc zu erinnern: «Der Zusammenschluss ist nicht nur für diejenigen gefährlich, die seiner Macht unterliegen, sondern auch verderblich für jene, die ihn vollziehen.»

Wirtschaftliche Realitäten

Die Leute, die nach dem Krieg zahlreiche, unabhängige und florierende Zeitungen erwarteten, sind heute enttäuscht. Hatte nicht jemand unter ihnen verkündet, was er selbst «das grosse Gesetz der Trennung von Idee und Geld» nannte? Aber alle sind zwei Irrtümern erlegen: erstens, zu ver-

gessen, dass eine Zeitung nicht nur eine Informationsquelle und ein Erziehungsmittel ist, sondern auch ein Handels- und Industrieunternehmen darstellt, das seine Einnahmen und Ausgaben aufeinander abstimmen muss, um fortbestehen zu können; zweitens, dass man die Presse nicht aus einem wirtschaftlichen System herausreissen kann, das noch immer auf dem Profit beruht, und dass in einer solchen Gesellschaft immer wieder der Ruf Lamennais' ertönt: «Silence aux pauvres!» Wenn morgen die Pariser Presse auf die öffentliche Hilfe verzichten und aus eigenen Mitteln existieren müsste, könnten sich nur zwei Morgen- und zwei Abendzeitungen halten. Bei den andern würde entweder die Rechnung nicht mehr aufgehen, oder sie wären auf private Hilfe angewiesen.

Eine Bestandesaufnahme

Während vor dem Krieg vier Pariser Zeitungen eine Auflage von über einer Million aufwiesen, erreicht heute nur knapp eine einzige diese Zahl: «France-Soir»: 1 159 951 (durchschnittliche Auflage im Februar 1969). In absteigender Reihe folgen: «Le Parisien Libéré», eine volkstümliche Zeitung (853 062), «Le Figaro» (513 688) und «Le Monde» (481 010). Alle andern haben kleinere Auflagen, wie zum Beispiel «La Croix» (145 258, obwohl mehr als 90% aller Franzosen katholisch getauft sind) und das kommunistische Parteiorgan (181 948, obschon die Partei 400 000 Mitglieder aufweist und jeweils 4 000 000 Wählerstimmen für sich verbuchen kann). Die Presse in der Provinz jedoch macht sich eine Art regionales Monopol zunutze und entwickelt sich weiter. Bei fünf «grossen Regionalzeitungen» übersteigt die Auflage 400 000: «Ouest-France», im ganzen Westen des Landes verbreitet, «Le Progrès», in der Gegend von Lyon vorherrschend, und «Le Dauphiné Libéré» in Grenoble. Es folgen «La Voix du Nord» in Lille und «Le Sud-Ouest» in Bordeaux. Es sind alles gemässigte Zeitungen, in denen die Information auf Kosten der Meinungsäusserung mehr und mehr die Oberhand gewinnt.

Neben dieser Tagespresse existiert allerdings eine Wochenpresse, welche von der äussersten Linken bis zur äussersten Rechten die ganze Mannigfaltigkeit der politischen Ideen in Frankreich widerspiegelt. «Äusserste Linke» und «äusserste Rechte» müssten eigentlich in der Mehrzahl stehen, denn neben der Kommunistischen Partei gibt es zahlreiche Varianten der Linken, deren Vertreter zum Teil für, zum Teil gegen die herrschende Ordnung sind; auf der Gegenseite, bei den Anhängern der Monarchie oder des Faschismus, sind die einen für, die andern gegen ein Vereinigtes Europa. Neben zwei, drei Tageszeitungen – darunter «Le Monde» – widerspiegeln diese Wochen- und Monatszeitungen (die eine verhältnismässig geringe Auflage haben) die politischen, philosophischen und religiösen Ideen und Kontroversen.

Das Redaktionsstatut von «Le Monde»

Die schwierige Lage der französischen Presse hat vor einigen Jahren manche Redaktoren veranlasst, sich aktiv für die Unabhängigkeit und das Fortbestehen ihrer Zeitungen einzusetzen. Es hat sich eine Entwicklung abzuzeichnen begonnen, die auf ein Mitspracherecht und eine Beteiligung hin abzielt. Einen bis heute noch kaum nachgeahmten Schritt hat jetzt die Redaktionsgemeinschaft von «Le Monde» getan. Seit 1951 zu 28%, seit 1968 zu 40% Besitzer des Kapitals, verfügt sie über das Vetorecht bei allen wichtigen Entscheidungen, in denen es um die Zukunft ihrer Zeitung geht. Ohne das Mitspracherecht in der Verwaltung der Zeitung zu haben, kann sie sich der Ernennung eines Direktors, der Aufnahme eines neuen Teilhabers, der Zession oder der Kapitalerhöhung, der Auflösung der Gesellschaft oder einer Statutenänderung widersetzen – kurz, sie ist in der Lage, zu verhindern, dass die Zeitung ihre Direktion oder ihren Besitzer – damit ihre politische Linie – ohne ihre Zustimmung und ihr Wissen wechselt. Vor und nach dem Krieg war dies bei manchen Zeitungen der Fall. Die Redaktionsgemeinschaft garantiert so die Unabhängigkeit der Zeitung. Andere juristische Mittel sind vorhanden, um die Trennung – gleichzeitig jedoch die Zusammenarbeit – zwischen dem finanziellen und dem geistigen Kapital zu gewährleisten. In dieser Richtung muss sich die französische Presse entwickeln, wenn sie eines Tages das «Gesetz der Trennung von Idee und Geld» nicht, wie vor zwanzig Jahren, nur proklamieren, sondern auch wirklich anwenden will.

Italien: Eine Provinz im europäischen Pressewesen

HUGO BÜTLER

Im internationalen Vergleich gehört Italien, was seine Tagespresse betrifft, zu den unterentwickeltesten Gebieten Europas. Zu dieser harten Feststellung berechtigen ein paar knappe Zahlen: In England und Schweden beziehen 49 von 100 Einwohnern regelmässig eine Tageszeitung; 35 von 100 Schweizern sind Abonnenten oder ständige Käufer eines täglich erscheinenden Blattes. Noch vor ihnen reihen sich in dieser Statistik die Ostdeutschen, Norweger, Finnen und Dänen mit einer noch höheren Käuferquote (zwischen 46 und 36 pro 100 Einwohner) ein. Hinter den Schweizern folgen die West-